

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

16. WP - 54. Sitzung

am Mittwoch, dem 3. Juni 2009, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Astrid Höfs (SPD)

Vorsitzende

Hartmut Hamerich (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Jutta Scheicht (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Hans Müller (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Weitere Abgeordnete

Martin Kayenburg (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Ingrid Franzen (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Niclas Herbst (CDU)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Sachstandsbericht über die Arbeit der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)	4
Berichterstatter:	
- Hans Heinrich Hansen, Präsident der FUEV	
- Jan Diedrichsen, Direktor des Generalsekretariats der FUEV in Flensburg	
- Caroline Schwarz, Beauftragte für Minderheiten und Kultur des Ministerpräsidenten	
2. Maritimes Transportpaket	7
Berichterstatter: Jörn Schuppenhauer, stellv. Leiter des Referats Häfen, Schifffahrt	
hierzu: Umdruck 16/4301	
3. Die Hanse im Ostseeraum	9
Berichterstatter: Bernd Saxe, Bürgermeister der Hansestadt Lübeck und Vormann der Hanse	
4. Bericht über den aktuellen Sachstand der Arbeitsgruppen der Ostseeparlamentarierkonferenz zu den Themen „Arbeit und Soziales“ und „Energie“	10
Berichterstatter: Abg. Wolfgang Baasch und Abg. Manfred Ritzek	
5. Vorbereitung des Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 5. bis 7. Juli 2009	11
Berichterstatterin: Abg. Astrid Höfs	

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Sachstandsbericht über die Arbeit der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)

Berichterstatter:

- Hans Heinrich Hansen, Präsident der FUEV
- Jan Diedrichsen, Direktor des Generalsekretariats der FUEV in Flensburg
- Caroline Schwarz, Beauftragte für Minderheiten und Kultur des Ministerpräsidenten

Zunächst führt Hans Heinrich Hansen, der Präsident der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, in die Arbeit der Organisation ein, die seit 60 Jahren als Dachorganisation für autochthone Minderheiten fungiere. Die dänische Minderheit habe eine besondere Bedeutung bei der Gründung gespielt, das sei ein Grund für die Ansiedlung der Einrichtung in Flensburg. Die für die Minderheiten tätigen Nicht-Regierungs-Organisationen - das gelte auch für die FUEV - befänden sich vielfach in einer schwierigen ökonomischen Lage. Besonders die FUEV verwende viel Zeit darauf, Mittel einzuwerben, um die bestehende Infrastruktur zu erhalten. Aus den Mitteln der Mitgliedsbeiträge und einiger Bundesländer sowie Dänemarks würden derzeit zweieinhalb Angestellte finanziert. Problematisch sei, dass die Unterstützung des Landes Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik stark gekürzt worden sei. Eine Finanzierung rein über Projekte sei nicht praktikabel. Die Kosten für Vorstandsmitglieder, die ehrenamtlich arbeiteten, zum Beispiel Reisekosten, würden von den entsendenden Organisationen getragen. Das führe zu dem Problem, dass nur diejenigen vertreten seien, die ein Vorstandsmitglied finanzieren könnten. Obwohl die Personalkosten gestiegen seien, sei in stärkerem Maße noch die Effizienz der Arbeit der Organisation gestiegen.

Jan Diedrichsen, der Direktor des Generalsekretariats der FUEV in Flensburg, ergänzt, dass die Situation der Minderheiten in Europa schwieriger werde. Das liege unter anderem daran, dass die Kopenhagener Kriterien nur im Rahmen der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die Europäische Union geprüft würden. Eine spätere Überprüfung der Mitgliedstaaten anhand dieser Kriterien sei nicht vorgesehen. Die FUEV versuche gemeinsam mit ihren 83 Mitgliedsorganisationen, die Probleme im Dialog zu lösen. Die Arbeit der FUEV konzentriere

sich momentan auf mehrere Schwerpunkte, der erste sei, einen formalisierten Dialog zwischen Minderheitenvertretern und Politikern zu errichten, um ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Bisher existiere dies nicht auf europäischer Ebene, das sei jetzt aber eingeführt worden.

Ein weiterer Schwerpunkt sei das von der EU unterstützte, dreijährige Projekt des Sprachennetzwerks. Die Finanzierung durch die Europäische Union und durch Südtirol belaufe sich auf über eine halbe Million €. Ein dritter Punkt sei die bereits im Europaausschuss besprochene Kompetenzanalyse. Besonders medienwirksam sei zudem die Europiade gewesen, die europäischen Meisterschaften der Minderheiten. Insgesamt sei die Arbeit der FUEV bisher umfangreich und vielfältig.

Die Minderheitenbeauftragte beim Ministerpräsidenten, Frau Caroline Schwarz, berichtet über die flankierenden Maßnahmen, die die Staatskanzlei ergriffen habe, um die Arbeit der FUEV zu unterstützen. Unter anderem habe der Ministerpräsident ein persönliches Schreiben an die Bundeskanzlerin gerichtet, es gebe außerdem Gesprächstermine mit hochrangigen Gesprächsteilnehmern.

Auf eine Frage des Abg. Fischer zur Ablehnung der Förderung durch die Europäische Union führt Herr Diedrichsen aus, dies sei mit der Nischenarbeit der FUEV begründet worden. Der Versuch, eine bessere Begründung vonseiten der Kommission zu bekommen, sei bisher erfolglos geblieben. Aus diesem Grund wolle man sich nun an den Europaabgeordneten Böge wenden.

Abg. Spoorendonk weist auf die mit dem deutsch-dänischen Grenzland nicht vollständig vergleichbare Situation in Südtirol hin. Herr Hansen stimmt dem zu. Die FUEV habe immer den Aspekt der kulturellen Autonomie in den Vordergrund gestellt. Er weist darauf hin, dass Südtirol ein Interesse daran habe, das FUEV-Büro in die eigene Region zu holen.

Abg. Franzen plädiert dafür, dem Europaausschuss noch einmal eine schriftliche Darstellung der Lage zukommen zu lassen.

Abg. Fischer spricht sich dafür aus, dafür zu sorgen, dass das Sekretariat der FUEV in Schleswig-Holstein bleibe. Er plädiert darüber hinaus dafür, vom Minderheitenbeauftragten der Bundesregierung eine schriftliche Stellungnahme einzufordern, auf die man sich berufen könne. Er weist auch auf die nach wie vor drängenden Probleme der Minderheiten hin, nicht nur in zukünftigen EU-Staaten, sondern auch bei gerade beigetretenen Mitgliedstaaten und auch alten Mitgliedstaaten. Da die Probleme den Integrationsprozess negativ beeinflussten,

brauche man Organisationen wie die FUEV. Abg. Spoorendonk betont, dass aufgrund der großen Anzahl von deutschen Minderheiten in verschiedenen europäischen Ländern die Aufgabe des Minderheitenschutzes auch Aufgabe der Bundesrepublik sei. Die institutionelle Förderung sei dabei eine wichtige Grundlage für die Projektarbeit.

Herr Hansen unterstreicht, dass Deutsche nach Sinti und Roma in Europa die größte Minderheitengruppe stellen. Das verpflichte seiner Ansicht nach Deutschland dazu, eine Vorreiterrolle bei diesem Thema zu übernehmen.

Die Minderheitenbeauftragte, Frau Schwarz, betont, dass es ein Gespräch zwischen dem Minderheitenbeauftragten der Bundesregierung, Herrn Dr. Bergner, und dem Chef der Staatskanzlei geben werde, bei dem verschiedene der bereits genannten Themen angesprochen werden sollten.

Abg. Ritzek gibt zu bedenken, dass das Problem zu groß sei, als dass Schleswig-Holstein es allein lösen könne. Möglich sei seiner Ansicht nach jedoch, die finanziellen Probleme der FUEV zu mildern.

Abg. Kayenburg sieht die Möglichkeit, den Minderheitenbeauftragten des Bundes beim Außenministerium anzusiedeln, sehr kritisch. Seiner Ansicht nach sei das im Moment nicht umsetzbar. - Herr Hansen ergänzt, dass dies die Idee von Herrn Dr. Bergner selbst gewesen sei.

Abg. Fischer plädiert dafür, als Europaausschuss ein Meinungsbild abzugeben und die von der Minderheitenbeauftragten Frau Schwarz angeregten Punkte formell zu unterstützen. Er plädiert dafür, dass der Europaausschuss möglichst schnell über die Ergebnisse unterrichtet werden solle.

Abg. Kayenburg regt an, eine vertiefende Diskussion zur Frage der Förderung von Nicht-Regierungs-Organisationen zu führen. Der Ausschuss kommt überein, die Vorschläge, die die Minderheitenbeauftragte gemacht hat, zu unterstützen.

Abg. Dr. Klug ergänzt, dass möglicherweise auch andere Wege beschritten werden müssten, um die Erfolgchancen des Vorgehens zu erhöhen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Maritimes Transportpaket

Berichterstatter: Jörn Schuppenhauer, stellv. Leiter des Referats Häfen, Schifffahrt

hierzu: Umdruck 16/4301

Der stellvertretende Leiter des Referats Häfen und Schifffahrt im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr, Jörn Schuppenhauer, trägt zum Maritimen Transportpaket vor, dieses bestehe aus drei zentralen Dokumenten Europäische Kommission (vergleiche Umdruck 16/4301). Diese Dokumente seien Gegenstand der integrierten Meerespolitik der Europäischen Union. Damit wolle die Europäische Union der Bedeutung des Seeverkehrs für den internationalen Handel Rechnung tragen und einen Beitrag zur Erholung der Weltwirtschaft leisten. In den Dokumenten gehe es im Einzelnen um die Schaffung weltweit einheitlich stabiler und verlässlicher Rahmenbedingungen für die Schifffahrt und maritime Industrien. Aus Sicht der Landesregierung seien die Ziele der Europäischen Union in dieser Hinsicht zu unterstützen, wobei darauf Wert gelegt werden solle, dass es einheitliche Bedingungen für den Seeverkehr weltweit gebe. So könne die Position europäischer Unternehmen verbessert werden, die andernfalls Nachteile durch strengere Auflagen innerhalb der Europäischen Union hätten.

Darüber hinaus - so setzt Herr Schuppenhauer seine Ausführungen fort - plane die Europäische Union, die Attraktivität der Seefahrt - auch der damit verbundenen Arbeitsplätze - zu steigern. Aus Sicht der Landesregierung sei es zu begrüßen, dass seemännische Berufe attraktiver gestaltet werden sollten. Es liege jedoch auch in der Verantwortung der Reeder, die Bedingungen auf den Schiffen attraktiv zu gestalten. Des Weiteren gehe es um Seeverkehrssicherheit und auch die Schlüsselstellung des Seeverkehrs für die Energieversorgung der Europäischen Union. Kritisch werde von der Landesregierung die Erhöhung ökologischer Standards gesehen, die möglicherweise zur Folge habe, dass der Verkehr vom Schiff auf die Straße verlagert werde. Eine Benachteiligung des Schiffsverkehrs dürfe so nicht stattfinden.

Das Ziel der Liberalisierung des Schiffsverkehrs könne dadurch konterkariert werden, dass die EU versuche, eine Vorreiterrolle in der Schaffung von Rechtsnormen einzunehmen, die dann in einer fehlenden Kompatibilität von Rechtsnormen resultieren könnte. Die Europäische Union bemühe sich, die unterschiedlichen Vorschriften, die zwischen einzelnen Ländern in Bezug auf den Seeverkehr gelten, zu harmonisieren. Der barrierefreie Seeverkehr sei auch

aus Sicht der Landesregierung zu unterstützen. Der Bund, der für den Seeverkehr zuständig sei, unterstütze den Vorstoß der Europäischen Union. Der von der Europäischen Union vorgelegte Zeitplan sei jedoch sehr ehrgeizig.

Auf eine Nachfrage des Abg. Fischer bestätigt Herr Schuppenhauer, dass in der Stellungnahme des Ausschusses der Regionen ökologische Aspekte und Fragen der Arbeitsbedingungen ein anderes Gewicht hätten als in der Europäischen Kommission. Die Gefahr bei der Betonung ökologischer Verbesserungen bestehe jedoch darin, die Wirtschaftlichkeit des Schiffsverkehrs weiter zu beeinträchtigen. Abg. Fischer kündigt an, dieses Problem auch mit Arbeitsminister Döring zu erörtern, da es auch um die Situation der Arbeitnehmer gehe.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Die Hanse im Ostseeraum

Berichterstatter: Bernd Saxe, Bürgermeister der Hansestadt Lübeck und Vormann der Hanse

Herr Bernd Saxe, Bürgermeister der Hansestadt Lübeck und Vormann der Hanse, berichtet über die Aktivitäten der Neuen Hanse, die man von der historischen Hanse, die auf Machtstreben ausgelegt gewesen sei, zu unterscheiden sei. Die moderne Neue Hanse stelle Völkerverständigung und die Stärkung des europäischen Zusammenhalts in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. Bei allen Unterschieden habe die historische Hanse schon ähnliche Bestrebungen gehabt wie die Europäische Union heute. Die Neue Hanse habe circa 170 Mitglieder, die sich regelmäßig auf den Hansetagen trafen. Mitglied der Hanse könne heute werden, wer schon im Mittelalter Mitglied der Hanse gewesen sei. In der Hochzeit der Hanse seien das 225 Mitgliedstädte gewesen. Die Mitgliedstädte der Hanse seien über Europa verteilt, insgesamt belaufe sich die Zahl der Einwohner in Hansestädten auf über 20 Millionen Menschen. Von wachsender Bedeutung sei der Tourismus zwischen Hansestädte.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Klug führt Herr Saxe aus, dass es bisher nur eine Hansestadt aus Schleswig-Holstein gebe, die Mitglied der Neuen Hanse sei, nämlich Lübeck. Kiel sei im Mittelalter jedoch auch Mitglied der Hanse gewesen und könne ebenfalls wieder beitreten. Auf eine weitere Nachfrage des Abg. Klug zur Einbindung der Neuen Hanse bei der BSSSC führt Herr Saxe aus, dass es keine institutionelle Verbindung zu dieser Organisation gebe, wohl aber informelle Kontakte. Es müsse berücksichtigt werden, dass die BSSSC nur einen Teil des Gebiets umfasse, das die Hanse abdecke.

Auf eine Frage des Abg. Ritzek zu einem identitätsstiftenden Symbol erläutert Herr Saxe, dass die Flagge der Hanse rot und weiß sei und eine Kogge zeige, wobei nicht alle Hansestädte Seefahrerstädte gewesen seien.

Auf eine Anregung des Abg. Hamerich, Geschichte der Hanse zu einem Teil des geplanten Ostseegeschichtsbuchs zu machen, ergänzt Herr Saxe, dass es in der Hansestadt Lübeck eine Forschungsstelle zur Erforschung der Geschichte der Hanse gebe, die möglicherweise unterstützend bei diesem Projekt tätig sein könne. Darüber hinaus bestünden Überlegungen, ein Hansemuseum einzurichten. Die geplanten Investitionskosten für dieses Projekt beliefen sich auf 20 Millionen €, die zumindest zum Teil aus privaten Mitteln aufgebracht werden sollten.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Bericht über den aktuellen Sachstand der Arbeitsgruppen der Ostseeparlamentarierkonferenz zu den Themen „Arbeit und Soziales“ und „Energie“

Berichterstatter: Abg. Wolfgang Baasch und Abg. Manfred Ritzek

Zunächst berichtet Abg. Ritzek über die Festlegung der unterschiedlichen Arbeitsgruppen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sollte nach Auskunft von Abg. Ritzek bei der nächsten Ostseeparlamentarierkonferenz besprochen werden. Ergebnis der Arbeitsgruppe sei gewesen, sich auf Schlüsselempfehlungen zu konzentrieren, unter anderem eine neue Energiestrategie für den Ostseeraum, die Förderung von Blockheizkraftwerken sowie eine Kooperation von Wissenschaft und Forschung.

Auf eine Nachfrage des Abg. Dr. Klug führt Abg. Ritzek aus, die Ostseepipeline sei kein Thema gewesen. - Auf eine weitere Nachfrage erläutert er, die Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern solle vor allem durch regenerative Energien erreicht werden.

Zur Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ erörtert Abg. Baasch, man habe sich vor allem um Fragen des Arbeitsmarktes - auch im Zusammenhang mit Arbeit im Grenzland - sowie Jugendarbeitslosigkeit befasst. Zur Frage des grenzüberschreitenden Arbeitsmarktes betont Abg. Baasch die Notwendigkeit von Informationen in den Sprachen der jeweiligen Arbeitnehmer. Schleswig-Holstein habe sich im Abschlussbericht durchaus mit einbringen können, besonders durch einen Absatz über die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen. Die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen sei auch ein wichtiges Mittel im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Zukünftig solle auch das Thema illegale Beschäftigung aufgenommen werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorbereitung des Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 5. bis 7. Juli 2009

Berichterstatterin: Abg. Astrid Höfs

Abg. Höfs weist auf das geplante Ostseegeschichtsbuch hin, das Teil des Jugendprojekts zum Parlamentsforum Südliche Ostsee sein solle.

Die Vorsitzende, Abg. Höfs, schließt die Sitzung um 12:05 Uhr.

gez. Astrid Höfs
Vorsitzende

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer